

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (7. Jahrgang, Nr. 10, Oktober 2013)

Es ist schon alles gesagt worden, nur nicht von jedem..

Karl Valentin

Armut in Deutschland steigt seit acht Jahren

Die Zahl von Armut bedrohter Menschen hat in der achtjährigen Regierungszeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) laut der "Frankfurter Rundschau" zufolge zugenommen. Seit 2006, dem ersten Jahr nach ihrem Regierungsantritt, sei ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von 14,0 Prozent auf 15,2 Prozent gestiegen. Zugleich sei die Zahl der Millionäre um 120 000 auf 892 000 gestiegen.

aus: Lübecker Nachrichten vom 19.09.2013

Kein Problem mit der Armut

Reiche finden soziale Ungleichheit normal

Sehr wohlhabende Bundesbürger haben offenbar kein großes Problem mit massiven Einkommensunterschieden. Diese Eliten nähmen soziale Ungleichheit mehrheitlich ganz anders wahr als die Bevölkerung, sagte der Darmstädter Eliten-Forscher Michael Hartmann gegenüber einer Berliner Tageszeitung. Während knapp drei Viertel der Bevölkerung soziale Unterschiede hierzulande als ungerecht empfanden, teilten nur 43 Prozent der Eliten diese Meinung.

Der Forscher bewertete diese Differenz als "erstaunlich", weil einerseits seit dem Jahr 2000 eine massive Zunahme des Niedrig- und Billiglohnssektors sowie der Armut generell zu beobachten sei. Andererseits seien die großen Vermögen ebenfalls stark gewachsen. (epd)

aus: „Evangelische Zeitung“ vom 11.08.2013

Einkommensgefälle nimmt zu

Gewerkschaftsnahe Studie warnt: Staat verteilt weniger um als in den 90er Jahren.

von Antje Schroeder

Mehr Minijobs und Teilzeit auf der einen Seite, höhere Kapitaleinkommen auf der anderen Seite haben dazu geführt, dass die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland in den letzten 20 Jahren immer größer geworden ist. "Wir erleben eine dramatische Umverteilung von Arbeits- zu Kapitaleinkommen", sagte gestern der wissenschaftliche Direktor des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökono-

mie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Gustav Adolf Horn.

Nach einer Untersuchung des Instituts ist in den letzten 20 Jahren die Ungleichheit bei der Verteilung der Nettoeinkommen um knapp 13 Prozent gestiegen. Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung verfügten demnach im Jahr 2010 über 23 Prozent des Gesamteinkommens. Ihr Anteil am Nettoeinkommen war zwischen 1991 und 2010 um 12,4 Prozent gestiegen. Hingegen sank der Einkommensanteil der unteren 30 Prozent im selben Zeitraum um 23,6 Prozent.

Während die Bundesrepublik früher zu den Ländern mit einer relativ ausgeglichenen Verteilung gehörte, ist sie jetzt nach Untersuchungen der Industrieländer-Organisation OECD ins untere Mittelfeld abgerutscht. Auffällig ist, dass sowohl unter SPD- als auch unter Unionsgeführten Regierungen die Ungleichheit ein Problem geworden ist. Besonders stark wuchs sie in der ersten Hälfte der 2000er-Jahre an, als die rot-grüne Bundesregierung die Hartz-Reformen in Angriff nahm. Die Zunahme von Minijobs, Teilzeitstellen und anderen unsicheren Arbeitsverhältnissen nannte das IMK als einen der Gründe dafür dass die Schere weiter auseinander geht. Allerdings wollte Horn die Hartz-Reformen nicht allein verantwortlich machen: Die Umverteilung von Arbeits- zu Kapitaleinkünften gebe es schon seit Mitte der 90er. Der Anteil der Kapitaleinkommen ist in den letzten 20 Jahren stark gestiegen: Seit 1991 kletterte er von 29,2 Prozent am Gesamteinkommen auf 33,8 Prozent im Jahr 2010 - trotz der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise.

aus: „Lübecker Nachrichten“ vom 06.09.2013

Zahl der Minijobber seit zehn Jahren konstant

Berlin (epd).Trotz der zum Jahresanfang erfolgten Anhebung der Verdienstgrenze für Minijobs auf 450 Euro im Monat verzeichnet die Minijob-Zentrale in Bochum im zweiten Quartal nur einen leichten Zuwachs an Minijobbern. Wie aus dem am 20. August veröffentlichten Bericht hervorgeht, stieg die Zahl der Minijobber im gewerblichen Bereich im Vergleich zum Vorjahreswert zum Stichtag 30. Juni um 0,3 Prozent und beträgt jetzt rund 6,9 Millionen. Die Gesamtzahl der geringfügig Beschäftigten in Deutschland lag zum 30. Juni dieses Jahres bei

rund 7,2 Millionen und damit 3,7 Prozent über dem Ausgangswert vom Dezember 2004. Dieser Anstieg basierte hauptsächlich auf dem Zuwachs der Minijobs in deutschen Privathaushalten, hieß es. Während im gewerblichen Bereich seit nahezu zehn Jahren eine relativ stabile Zahl an Minijobbern festzustellen ist, erhöhte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im gleichen Zeitraum um 10,9 Prozent. Der Leiter der Minijob-Zentrale, Erik Thomsen, wertete dies als Beleg dafür, dass Minijobs nicht im großen Stil sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verdrängen. Mit 61,4 Prozent ist der Frauenanteil bei den Minijobbern deutlich höher als der Männeranteil von 38,6 Prozent.

Mindestlohn

ver.di kritisiert »Billiglohnrepublik«

Dortmund/Aachen (epd). Die Gewerkschaft ver.di prangert mit einer Plakataktion im Berliner Regierungsviertel niedrige Löhne in Deutschland an. »Wir brauchen einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn«, forderte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske am 15. August. Lohnuntergrenzen für einzelne Branchen seien kein ausreichender Schutz. Auf dem Plakat, das ver.di im Regierungsviertel enthüllte, heißt es: »Willkommen in der Billiglohnrepublik Deutschland«. Darauf prangt ein gerupfter Bundesadler. Nach Angaben der Dienstleistungsgewerkschaft verdienen in Deutschland sieben Millionen Beschäftigte weniger als 8,50 Euro die Stunde. In manchen Branchen gebe es Scheingewerkschaften, die bereit seien, Hungerlöhne als vermeintliche Mindestlöhne tariflich festzulegen.

»Wo leben wir eigentlich?«

Der Sozialrichter Jürgen Borchert wirbt für eine »Bürgerfairsicherung«

Berlin (epd). Der hessische Sozialrichter Jürgen Borchert (64) hat ein neues, zorniges Buch über sein Lebensthema geschrieben: die Ungerechtigkeit des deutschen Sozialsystems. Die kleinen Leute und besonders die Familien seien die Lastesel des Sozialstaats, kritisiert Borchert. Er will die Wohlhabenden wieder mehr in die Pflicht nehmen. Über die Vorteile einer »Bürgerfairsicherung« sprach der Sozialrebell mit Bettina Markmeyer. epd sozial: Herr Borchert, es läuft schief mit dem Sozialstaat, sagen Sie. Warum? Jürgen Borchert: Der Erfolg unseres Sozialstaats beruhte darauf, dass wirtschaftliche Freiheit und soziale Verantwortung auf einem Nenner waren. Diese feste Verbindung, die unseren legendären Aufstieg nach dem Krieg geprägt hat – obwohl die Not damals ja extrem war –, ist in den letzten Jahrzehnten verloren gegangen und heute fast vollständig verschwunden. epd: Woran liegt das? Borchert: Zum einen gibt es die Flucht vor der Verantwortung – Stichwort Steueroasen – das ist ja inzwischen jedem klar. Noch viel ernster aber ist die Tatsache, dass unsere Systeme so konstruiert sind, dass sie die stärksten Schultern zunehmend freihal-

ten. Bei den Sozialversicherungen geschieht dies durch die Beitragsbemessungsgrenze und den linearen Tarif, im Steuersystem dadurch, dass die indirekten Steuern die Einkommenssteuern inzwischen bei weitem überwiegen. Der Staat versteckt sich in den Güterpreisen und greift von hinten in das Portemonnaie der Bürger. Die Verbrauchssteuern wirken aber umso härter, je kleiner das Einkommen ist. epd: Was macht Ihre »Bürgerfairsicherung« gerechter als die heutigen Sozialversicherungen? Borchert: Wir haben die Arbeitnehmer zum Lastesel des Sozialstaats gemacht. Das hat die hässliche Konsequenz, dass der Sozialstaat die Notlagen selbst produziert, vor denen er eigentlich schützen soll. Insbesondere die »doppelte Kinderarmut«: Seit 1965 wurden die Geburtenzahlen halbiert und der Anteil der Kinder in Armut auf das 16fache gesteigert – mit verheerenden Konsequenzen für ihre Bildungsfähigkeit. Aus dieser Finanzierung müssen wir heraus. Wir müssen dafür sorgen, dass die Sozialversicherung dem Grundsatz der Solidarität folgt. Dafür müssen alle Einkommen in ein einziges System für alle Sozialversicherungen einzahlen und die asozialen Beitragsbemessungsgrenzen aufgehoben werden. Denn die führen unweigerlich dazu, dass die höchsten Einkommen – relativ gesehen – die niedrigsten Lasten tragen. Das aber ist mit dem Grundsatz unvereinbar, dass Freiheit nur in Verbindung mit Verantwortung sozialverträglich ist. Es ist ein Irrsinn, dass die zehn Prozent der Einkommensstärksten in diesem Land sich gerade mal zu zehn Prozent an den öffentlichen Lasten beteiligen. Jeder normale Arbeitnehmer hat 50 Prozent Abzüge von seinem Einkommen. Dagegen sind Kapitaleinkünfte nur mit 25 Prozent zu versteuern und Beiträge werden auf sie gar nicht gezahlt. Lebendige Arbeit wird doppelt so hart herangezogen wie Kapitaleinkünfte.

Jürgen Borchert: Sozialstaatsdämmerung, Riemann Verlag, 2013, 248 Seiten, 12,99 Euro, ISBN 978-3-570-50160-3

ür Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

**Beiträge und Anregungen bitte an
mathias.mees@web.de**

Unsere nächsten Treffen finden statt am 7. November 2013 um 18.00 Uhr im Rauhen Haus (Altenheim-Haus Weinberg)

**Vergesst nicht, Gutes zu tun und mit anderen zu teilen;
denn an solchen Opfern hat Gott Gefallen.**

(Monatsspruch Oktober 2013 aus Hebräer 13,16)

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg